

SCHÜLERVERTRETUNG DER STADT DARMSTADT

SV

Darmstadt, 25.11

PRESSEERKLÄRUNG

Die hessische Landesregierung beabsichtigt in ihrem Haushaltsplan für 1981 umfassende Kürzungen im Bildungsbereich.

Anstatt uns, wie versprochen, mehr Lehrkräfte zu bewilligen und die Lage insgesamt an den Schulen zu verbessern, soll unsere Ausbildung unter anderem durch die Einsparung von 260 Lehrerstellen für 1981 (über 3000 bis 1985) und durch Einsparungen im kommunalen Bereich - das betrifft die Bau- und Ausstattungsmaßnahmen - verschlechtert werden. Außerdem sollen die Fahrtkostenzuschüsse um 40 Millionen DM gekürzt werden.

Damit erklärt sich der Stadtschülerrat Darmstadt natürlich nicht einverstanden.

Deshalb unterstützen wir die Aktionen der Lehrer, Studenten, Eltern und Abendgymnasiasten in Darmstadt und die Demonstration am 2.12. in Wiesbaden.

für den SSR

Dagmar Schumacher

Dagmar Schumacher
Stadtschulsprecherin

Abschluß Haushaltsjahr 1981 - Entwurf -

Finanzplan	Besetzung		Sparen und sonstige Abgaben	Eigene Einnahmen	Über- tragene Einnahmen	Vermögens- erlöse und Finanzer- einnahmen	Gesamt- einnahmen	Persönliche Verordnungs- ausgaben	Staatliche Verwaltungs- ausgaben	Ausgaben für den Schulden- dienst		Über- tragungs- ausgaben	Haushalts- ausgaben	Sonstige Investitions- ausgaben	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	Über- schuß (+) Zuschuß (-)
	DM	DM								DM	DM						
01 Hessischer Landtag	41.500			41.500	21.151.600	2.838.200	6.925.600						331.000			31.264.400	
02 Hessischer Ministerpräsident	175.900			175.900	30.091.300	6.069.400	612.200						207.900			36.913.800	
03 Hessischer Minister des Innern	53.012.600			53.012.600	738.195.600	148.180.700	786.000						64.022.100		6.095.100	976.665.400	
04 Hessischer Kultusminister	455.572.300			455.572.300	3.665.048.800	494.645.100	661.316.200						149.659.100		2.338.200	4.976.753.400	
05 Hessischer Minister der Justiz	232.474.600			232.474.600	491.895.900	148.171.600	15.507.100						17.197.300			676.616.100	
06 Hessischer Minister der Finanzen	37.500.000			37.500.000	462.907.600	54.888.000	2.205.400						2.266.500		26.200.000	577.771.900	
07 Hessischer Minister für Wirtschaft und Technik	55.212.000			55.212.000	265.221.300	84.341.900	63.840.000						79.472.800		10.900.000	789.756.900	
08 Hessischer Sozialminister	12.464.800			12.464.800	147.620.600	61.303.300	109.666.700						477.400		5.737.000	155.515.800	
09 Hessischer Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten	255.743.700			255.743.700	398.336.300	82.533.100	77.576.300						157.303.500		16.019.800	746.173.000	
10 Hessischer Minister für Bundesangelegenheiten	11.800			11.800	2.079.400	54.300							71.400			2.695.100	
11 Hessischer Beauftragter für Bundesangelegenheiten	35.700			35.700	6.125.700	619.100	167.500						110.600			6.982.900	
12 Landesparlamentarischer Beauftragter					2.166.000	104.600	2.000						6.700			2.279.300	
13 Landesrat	5.100			5.100	49.392.600	2.267.193.100	2.110.000									2.269.300	
14 Verwaltung	350.000			350.000	114.155.700	19.300	8.726.000									1.140.018.500	
16 Wiedereingliederung	9.800			9.800	58.400.000	534.000	152.419.000									158.953.000	
17 Allgemeine Finanzverwaltung	144.464.000			144.464.000	157.191.000	2.044.047.400	3.083.275.500						296.800		80.726.000	4.215.867.400	
18 Staatliche Hocharbeitsämter	100			100	89.596.000	844.200	288.290.000						334.910.000			372.200.000	
19 Förderung der Wohnung- und Städtebau	172.072.000			172.072.000	104.478.800	179.178.800	179.178.800						10.000			1.099.416.600	
Gesamt	12.833.773.000			12.833.773.000	1.417.075.900	1.038.308.500	7.840.250.000						2.457.717.700		148.716.100	18.894.770.600	

FR 25/11/80

Münchener Uni-Präsident nennt Hochschulreform „blödsinnig“

Lobkowicz beklagt Demokratisierung und Verlust an Qualität

KÖLN, 24. November (AP). Umfassende Kritik hat der Münchener Universitätspräsident Nikolaus Lobkowicz am Hochschulwesen in der Bundesrepublik geübt und unter anderem die Schweiz als Beispiel besserer Verhältnisse angeführt. In einem Interview der Deutschen Welle sagte er: „Die demokratisierte Universität hat sehr viel weniger Mut, strenge Qualitätsurteile zu fällen.“ Das sei einer der Gründe dafür, daß aus deutschen Universitäten immer weniger Wissenschaftler von Weltrang hervorgehen.

In dem Interview erklärte Professor Lobkowicz weiter, der seit zehn Jahren andauernden deutschen Hochschulreform fehle ein wesentliches Motiv: die Qualität der Universitäten zu erhalten „oder gar zu verbessern“. Eine Universität könne nicht ihren Standort halten, wenn man „über Nacht die Zahl der Professoren und Studenten versechsfacht“. Es fehle an Auswahlmechanismen, die garantieren, „daß wirklich die Besten drankommen“. Außerdem habe die neue Struktur eine Politisierung der Universitäten mit sich gebracht. Auch bei den Professoren sei die Nivellierung

eingetreten: „Es sind heute Menschen Professoren geworden, die vor 20 Jahren niemand zu Professoren ernannt hätte.“

Der Professor wies darauf hin, daß diese negativen Tendenzen nicht nur für deutsche Hochschulen der Gegenwart, sondern auch für Reformuniversitäten etwa in Italien und Schweden gälten. Als positives Vorbild nannte er die englischen Universitäten, deren Tradition seit dem Mittelalter ungebrochen sei. Dort gelte nach wie vor, daß eine Universität „nur für eine Elite da“ sei.

Lobkowicz zog den Schluß, eine „blödsinnige“ Universitätsreform in der Bundesrepublik — einem Land, das wegen Mangels an Rohstoffen auf Know-how angewiesen sei — habe Hochschulen hervorgebracht, „die diesen Namen kaum verdienen“. Als Negativbeispiel nannte er Bremen. Da es illusorisch sei, alle bestehenden Gesetze „vom Tisch zu wischen, damit die Universitäten sich aus sich heraus besinnen können“, müsse, zumindest angestrebt werden, „innerhalb der Massenuniversität klassische Elite-Universität wieder wenigstens für einige herzustellen“.

FR
25/11
80

Stromrechnung für „DESY“ kann nicht bezahlt werden

BONN/HAMBURG, 24. November (dpa). Die vorzeitige Betriebsunterbrechung des Deutschen Elektronen-Synchrotrons in Hamburg (DESY) infolge Geldmangels bedeutet nach Ansicht des CDU-Forschungsexperten Christian Lenzer den „Offenbarungseid der Forschungspolitik der Bundesregierung“. Lenzer verwies am Montag darauf, daß die Union stets darauf gedrängt habe, bei der Grundlagenforschung nicht nur in Großanlagen zu investieren, sondern auch hinreichend Personal- und Betriebsmittel bereitzustellen. Es schade dem internationalen Ansehen deutscher Spitzenforschung, wenn ausgerechnet hier radikale staatliche Sparmaßnahmen eine zeitweise Stilllegung erzwingen.

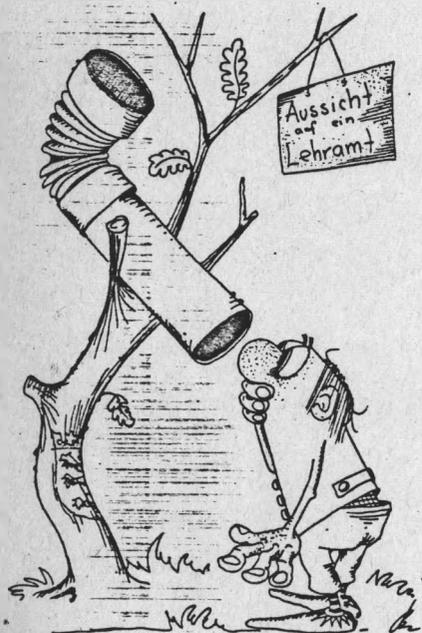
Ein DESY-Sprecher hatte am Wochenende mitgeteilt, daß die erheblichen Strompreiserhöhungen in Hamburg sowie einschneidende Kürzungen von rund zehn Millionen Mark Haushaltsmitteln durch die Bundesregierung dazu zwängen, rund drei Wochen vor der geplanten Betriebsunterbrechung — zu Weihnachten — die Beschleuniger- und Speicherringe des erfolgreichen Forschungszentrums stillzulegen. Die Stromkosten für die Anlage betragen jährlich bei einem Gesamtetat von 150 Millionen rund 22 Millionen Mark.

Als Synchrotronstrahlung wird jene elektromagnetische Strahlung bezeichnet, die beim Betrieb von Kreisbeschleunigern und Speicherringen (wie am DESY) entsteht. Die Strahlung ist laserähnlich gebündelt und erstreckt sich über das gesamte Spektrum, vom Infrarot bis hin zum Röntgenbereich. Sie ist vielfach intensiver als die Strahlung von herkömmlichen Lampen oder Röntgenröhren.

Landeshaushalt 1981

sident Börner und Finanzminister Reitz an der Diskussion um die Stellenbesetzungssperre nicht beteiligten, kann man als Beobachter ohne Not schließen, daß Ministerpräsident und Finanzminister eine Allianz mit der FDP gegen die SPD-Landtagsfraktion innerhalb der Koalition eingegangen sind.

FDP-Fraktionssprecher Wilke hatte bereits im Vorfeld der Klausurtagung verkündet, daß im Jahre 1981 400 Lehrstellen im Kultusetat einzusparen seien. Prompt wurde dieser Wunsch erfüllt: je 15 Prozent Stellenbesetzungssperren im Hochschulbereich und im Schulbereich sollen insgesamt 250 wegfallende Stellen erbringen. Zusammen mit dem Abzug der 100 Stellen aus dem Schulbereich werden also insgesamt 350 Stellen wegfallen.



Arbeitszeitverkürzung für Lehrer

Die Forderung nach Verwirklichung der Celler Beschlüsse, wie sie der GEW-Landesvorstand mit der Fraktionsspitze der SPD-Fraktion besprochen hatte, stieß in der SPD-Fraktion auf ungeteilte Zustimmung.

Auch zu diesem wichtigen Punkt haben sich weder Börner noch Reitz geäußert, obwohl Börner der GEW eine entsprechende schriftliche Zusage gemacht hat.

Die FDP erklärte dagegen schlicht, daß für sie eine solche Bindung nicht bestehe und Zusagen von Börner an die GEW für sie ohne Interesse seien.

Am Ende blieb übrig, der Kultusminister könne die Celler Beschlüsse 1981 verwirklichen – im Rahmen des ihm vorgegebenen Etats.

Zusätzliche Stellen dafür stießen auf das absolute Nein der FDP.

Krollmann hat an dieser Stelle erklärt, daß er zusätzliche Stellen nicht erwirtschaften könne, zumal dies nur zu Lasten der Schüler-Lehrer-Relation ginge.

Letzte Meldung:

Nicht 100 Stellen sollen 1981 gestrichen werden, sondern 260!

Dadurch soll der Verzicht auf die Stellenbesetzungssperre aufgefangen werden. Nur massive Aktionen können den Landtag bewegen, fragt bei Euren Kreisvorsitzenden an.

Uwe Hartwig

kw-Vermerke

Über die beabsichtigte Kürzung des Gesamtstellenaufkommens über kw-Vermerke (künftig wegfallende Stellen) wurde von der SPD-Landtagsfraktion nicht mehr diskutiert, da nach Meinung des Fraktionsvorsitzenden keine Chance bestehe, die beabsichtigte Kürzung der Leh-

rerstellen auf 42 000 bis 1985 zu revidieren.

Die FDP will von ihrem Standpunkt nicht abgehen.

Insgesamt: Eine Fraktion scheint guten Willens, jedoch gelingt es ihr nicht, vernünftige Absichten in praktische Politik umzusetzen.

Uwe Hartwig

die tägliche Vertretungsreserve zur Verfügung stehen.

Fördermaßnahmen

Um überhaupt Fördermaßnahmen in nennenswertem Umfang durchführen zu können, sind als Minimum weitere 200 Stellen erforderlich.

Ungünstige Jahrgangsbreiten

Zur Erhaltung von Grundschulen, die aufgrund rückläufiger Schülerzahlen vor der Schließung stehen, werden mindestens weitere 200 Stellen benötigt.

Ganztagsschulen

Will man im Ansatz Ganztagsschulen ernsthaft weiter verfolgen, so werden dafür 250 weitere Stellen gebraucht.

Verbesserte Relation an Sonderschulen

Damit unseren Forderungen nach einer verbesserten Schüler-Lehrer-Relation an Sonderschulen wenigstens im Groben entsprochen wird, müssen weitere 450 Stellen bereitgestellt werden.

Arbeitszeitverkürzung

Eine Stunde Arbeitszeitverkürzung für Berufsschullehrer und arbeits-technische Fachlehrer erfordert 190 Stellen.

Eine Stunde Kürzung für Hauptschullehrer an Förderstufen erfordert 110 Stellen.

Eine Stunde Arbeitszeitverkürzung für die übrigen Grund- und Hauptschullehrer im Bereich der Mittelstufe erfordert 130 Stellen.

Eine zusätzliche Stunde Altersermäßigung erfordert 155 Stellen.

Schlußfolgerungen

Wenn es bei den diesjährigen Haushaltsberatungen nicht gelingt, sowohl die beabsichtigte Einsparung von 100 Lehrstellen rückgängig zu machen, wie die Streichung der sogenannten kw-Vermerke (kw = künftig wegfallend) aus dem Entwurf für den Landeshaushalt 1981 zu erreichen, dann werden einige wichtige Maßnahmen den Sparplänen der Landesregierung zum Opfer fallen:

Zuschlag zur Unterrichtung von ausländischen Kindern

Der unzureichende Zuschlag von 75 : 1 wird derzeit aus der gültigen Schüler-Lehrer-Relation finanziert: es gibt kein Zusatzprogramm, sondern die Lehrstunden werden den Schulen in Abzug gebracht.

Eine Verbesserung des Zuschlages auf 50 : 1 unter Einbeziehung der beruflichen Schulen und Gymnasien erfordert die Ausweisung von 1850 Lehrstellen.

Vertretungsreserve

Nach unseren Berechnungen müßte die Vertretungsreserve mindestens um weitere 700 auf 1500 Stellen erhöht werden, damit den Schulen Überhangstunden für

Haushalt 1981

Ergebnis der Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion

Außer Spesen nichts gewesen

Das Ergebnis der Klausurtagungen der Koalitionsfraktionen ist inzwischen bekannt. Für den Schulbereich ergibt sich folgendes:

Schülerbeförderung

Die Koalitionsfraktionen einigten sich darauf, im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches die Schülerbeförderung künftig in die Hand der Kommunen zu geben. Dies bedeutet, daß die ca. 160 Millionen aus dem Etat des Kultusministers herausgenommen und dem Etattitel „Kommunaler Finanzausgleich“ zugeführt werden.

Demnach erhalten die Schulträger in bisheriger Höhe anteilig die vorhandenen Gelder. Sie können damit frei wirtschaften, so daß erwirtschaftete Gelder bei der Kommune verbleiben.

Stellenbesetzungssperre

Zunächst war sich die SPD-Landtagsfraktion geschlossen einig, daß die beab-

sichtigte Stellenbesetzungssperre von 10 Prozent zurückgenommen werden muß. Ministerpräsident Börner und Finanzminister Reitz haben sich nach unseren Informationen jedoch an dieser Diskussion nicht beteiligt. Während der Klausurtagung wurde nach Kontaktaufnahme mit der FDP festgelegt, daß für den Haushalt 1981 der Stellenplanfond von 1980 als Ausgangspunkt zu dienen habe. Die beabsichtigte Stellenbesetzungssperre soll 1981 durchgesetzt werden. Mit ihr sollen die im Gesamthaushalt 1981 eingebrachten zusätzlichen Stellen wieder „erwirtschaftet“ werden. 1982 soll es dann keine einzige neue Stelle geben.

Die von der SPD-Landtagsfraktion beabsichtigte Streichung der Stellenbesetzungssperre fand sich dann auf Druck der FDP am Ende der Beratungen wieder, jedoch nicht in Höhe von 10 Prozent sondern in einem Ausmaß von 15 Prozent. So wurde es dann auch als gemeinsame Koalitionsvereinbarung verkündet. Aus der Tatsache, daß sich Ministerprä-

WO SOLL IM LANDESHAUSHALT 81 GEKÜRZT WERDEN?

Achtung: es liegen gedruckt nur die Vorlagen zur letzten Lesung vor. Was seitdem noch an Verhandlungen etc. gelaufen ist, ist uns mit Mühe für den Hochschulbereich bekannt, ist aber nicht für alle Bereiche vorhanden. Es ist aber davon auszugehen, daß der Haushalt so ausgelegt war, daß das wirkliche Einsparziel der Landesregierung auch noch nach Nachgeben in einen oder anderen Punkt realisiert wird.

<u>Beispiele:</u>		Einsparungen
Sozialbereich:	Weihnachtsbeihilfen für Gemeinden (Zuschüsse zu einmaligen sozialen Leistungen zu Weihnachten)	6.7 Mio
	Altenheime	1.0 Mio
	Turnhallen, Sportplätze	0,5 Mio
Wirtschaft und Städtebau:	Außerbetriebliche Ausbildungszentren zur Schaffung qualifizierter Lehrstellen auch in strukturschwachen Regionen	3,5 Mio
	Strukturmaßnahmen (Gebiete hoher Arbeitslosigkeit)	6,0 Mio
	Städtebauprogramm zur Verminderung der Wohnmisere	2.0 Mio
Justiz:	Gefangenenbezüge im Rahmen des Reintegrationsprogramms	7.0 Mio

Indirekte Krüzungen im von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten Bereich: Straßenbau, Sozialmaßnahmen, Hochschulausbau, Beschaffung moderner Polizeitechnologie lassen sich nicht ausreichend quantifizieren, da beide Haushalte noch nicht vorliegen.

Prioritätensetzung

Durch Verminderung einer Reihe von Ausgaben kann zumindest ein Teil (ca. 50%) der Kürzungen aufgefangen werden.

- ist es erforderlich, jetzt ein neues Regierungspräsidium aufzubauen, das in 2 Jahren so hochqualifizierte Dauerstellungen umfassen soll?
- ist es erforderlich, daß das Land Hessen ohne integriertes Verkehrskonzept erhebliche Summen in den Bau von Autobahnen, Flughäfen und Eisenbahnschnelltrassen investiert?

Ein offenes Geheimnis ist auch, daß die Summe der Steuerhinterziehungen (oder offizieller Steuer-schenkungen wie im Fall Linsenhoff) durch Selbständige und UNternehmer etwa so groß ist, wie die Einsparungsmaßnahmen.

Selbst wenn haushaltsintern eine Realisierung einer offensiven Bildungspolitik nicht mehr vollständig möglich ist, ist der Rahmen, der durch

- geringe Besteuerung von Großunternehmen
- verlorene Investitionsbeihilfen (also Geschenke) an selbige in Milliardenhöhe ohne Garantie, daß deshalb auch nur ein Arbeiter weniger fliegt
- Beteiligung an Großprojekten wie Militärhilfe für die Türkei (Auswirkung z.B. Kürzung der GSI-Mittel, an der einige TH-Fachgebiete mitarbeiten um mindestens ~~nicht~~ 3 Mio.)

nicht verrückbar.

In der Diskussion taucht häufig der Satz von den verschwendeten Mitteln bei Polizeiaktionen auf. Man muß dabei berücksichtigen, daß die Gehälter der räumenden "Freunde und Helfer" etwa 2/3 der Räumungskosten ausmachen. Darüberhinaus ist darauf zu achten, daß nicht gerade wir Studenten, die wir uns für Hochschuldemokratie und Demokratisierung aufreten, dann eine Forderung erheben, die bedeutet, daß die Demonstranten die Kosten der Räumung tragen sollen (Forderung F.J.Strauß). Bei der Kritik der hohen Räumungskosten etc. muß also immer darauf hingewiesen werden, daß nicht der die Kosten verursacht, der demonstriert, sondern der, der räumen läßt!

Andere Länder im mitteleuropäischen Raum (Belgien, Dänemark) haben durch eine faktische Einfrierung des Militäretats Mittel zur Verfügung, um im Bildungsbereich wenigstens keine Kürzungen vornehmen zu müssen und die Entwicklungshilfe und Sozialausgaben sogar steigen zu können. Da die Bundesrepublik in der NATO als Musterkabe bisher den Verteidigungshaushalt erhöht hat (und in den nächsten Jahren soll dasselbe geschehen), stehen diese Mittel (etwa 1 Milliarde) nicht zur Verfügung (diese hohe Summe kommt zustande, da ein Teil der Verteidigungsausgaben indirekt, d.h. aus anderen Haushaltstiteln bezahlt wird.)

Haushalt 1981

Stellenstreichungen im Lehrerbereich

Albert Schobbe /
Alfred Harnischfeger

Zum ersten Mal soll mit dem vorgelegten Entwurf für das Haushaltsgesetz nicht nur über den Landeshaushalt 1981 entschieden werden. Im jetzigen Entwurf sind Entscheidungen bis zum Jahre 1985 programmiert.

Danach soll das derzeitige Kontingent von ca. 45 500 Lehrerstellen mittelfristig auf 41 200 Stellen abgebaut werden.

Insgesamt also ist bis zum Jahre 1985 ein Abbau von Mitteln im Umfange von ca. 4300 Lehrerstellen vorgesehen.

Der Kabinettsbeschuß spricht von einem Stellenkontingent von insgesamt 42 000. Demnach ist davon auszugehen, daß die zur Zeit 800 1-Jahres-BAT-Verträge im Rahmen der Vertretungsreserve als langfristige Arbeitsverhältnisse vorgesehen sind.

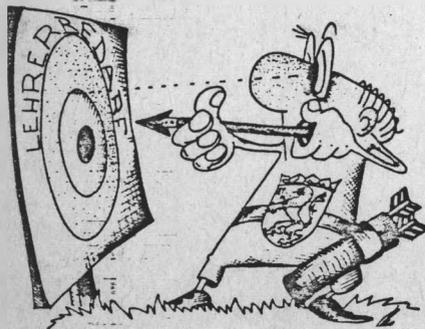
Konkret sehen die Zahlen im Haushaltsplan-Entwurf aus:

Bereich Grund-, Haupt- und Sonderschulen (0453)

- 1981 werden 100 Stellen (A 12) zur „Verbesserung der personellen und sächlichen Ausstattung der Hochschulen mit Wirkung vom 1. 8. 1981“ abgezogen.
- 1981 werden nur 75 Stellen (Vorjahr 100) als Ersatz für Lehrer, die zur Ausbildung an Sonderschulen beurlaubt werden können, zur Verfügung gestellt. In einem Stufenplan ist die weitere Reduzierung dieser für die Sonderschulen lebensnotwendigen Zusatzausbildung vorgesehen.

Für
1982/83

liegt ein Stufenplan zur Reduzierung von insgesamt 1359 Stellen in den Besoldungsgruppen A 12 / A 13 vor; bis 1985/86 sollen dann nochmals 340 bzw. 339 Stellen pro Schuljahr gestrichen werden. Dazu heißt es im Haushaltsentwurf: „... entsprechend den stark rückläufigen Schülerzahlen (werden) die Planstellen und Stellen für Lehrkräfte einschließlich der Mittel für Lehraufträge, Überstunden, nebenamtlichen und nebenberuflichen Unterricht im Schulbereich, aber ohne Anrechnung des von Referendaren erteilten eigenverantwortlichen Unterrichts, stufenweise auf insgesamt 4200 reduziert“.



BAT-Mittel bzw. Stellenumwandlungen ($\frac{2}{3}$ -BAT-Lehrer) in Planstellen

Zum

1. 2. 1981	sollen folgende BAT-Stellen in Planstellen umgewandelt werden.
Gymnasialer Bereich	120
Berufsschulbereich	85
Summe	205

Der Haushaltsentwurf sieht im Grundschulbereich wie im Haupt- und Realschulbereich keine Umwandlung der $\frac{2}{3}$ -Stellen vor. Dies würde bedeuten, daß ca. 240 Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschullehrer entlassen werden sollen, da für sie der Haushalt keine Stellen vorsieht.

zum

1. 8. 1981	sollen weitere BAT-Stellen in Planstellen umgewandelt werden:
Im gymnasialen Bereich	275
im Berufsschulbereich	229
Summe	504
	Umwandlungen.

Wiederum ist für den Grund-, Haupt-, Real- und

Sonderschulbereich keine Umwandlung vorgesehen. Dies bedeutet die vorprogrammierte Entlassung von noch einmal ca. 410 Kolleginnen und Kollegen.

SCHÜLERVERTRETUNG DER STADT DARMSTADT

SV

Darmstadt, 25.11

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Die hessische Landesregierung beabsichtigt in ihrem Haushaltsplan für 1981 umfassende Kürzungen im Bildungsbereich.

Anstatt uns, wie versprochen, mehr Lehrkräfte zu bewilligen und die Lage insgesamt an den Schulen zu verbessern, soll unsere Ausbildung unter anderem durch die Einsparung von 260 Lehrerstellen für 1981 (über 3000 bis 1985) und durch Einsparungen im kommunalen Bereich - das betrifft die Bau- und Ausstattungsmaßnahmen - verschlechtert werden. Außerdem sollen die Fahrtkostenzuschüsse um 40 Millionen DM gekürzt werden.

Damit erklärt sich der Stadtschülerrat Darmstadt natürlich nicht einverstanden.

Deshalb unterstützen wir die Aktionen der Lehrer, Studenten, Eltern und Abendgymnasiasten in Darmstadt und die Demonstration am 2.12. in Wiesbaden.

für den SSR

Dagmar Schumacher

Dagmar Schumacher
Stadtschulsprecherin

Abschluß Haushaltsjahr 1981 - Entwurf -

Finanzplan	Steuern und steuerliche Abgaben		Eigene Einnahmen		Übertragungs-einnahmen		Vermögens- und besondere Finanzierungseinnahmen		Gesamteinnahmen		Prüfliche Vermögens-gaben		Städtische Vermögens-gaben		Ausgaben für den Städte-dienst		Übertragungs-gaben		Bausgaben		Sonstige Investitions-gaben		Besondere Finanzierungs-gaben		Gesamtausgaben		Überschuss (-) Zu-/abfall		
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
01 Hessischer Landtag		41.500							41.500	21.151.600	2.838.200	6.925.600						6.925.600				331.000			31.146.400			31.264.900	
02 Hessischer Ministerpräsident		175.900		34.000		250.000		459.900	30.094.300	6.069.400	612.200							612.200				207.900			30.913.800			31.513.900	
03 Hessischer Minister des Innern		52.012.600		9.751.800		6.421.100		68.185.500	738.195.600	148.180.700	796.000							15.471.600		3.302.300		6.122.100	6.095.100			976.663.400			907.476.900
04 Hessischer Kultusminister		452.772.300		507.895.300		99.405.500		1.060.073.100	3.665.048.800	494.645.100	771.900							661.316.700		3.668.100		149.699.100	2.338.200			4.976.753.400			4.115.880.300
05 Hessischer Minister der Justiz		332.474.600		2.300.200				334.774.800	491.895.900	148.171.600	170.000							15.507.100		3.594.200		37.197.300			676.616.100			441.891.300	
06 Hessischer Minister der Finanzen		37.500.000		85.991.700		28.156.900		151.648.600	462.907.600	54.888.000								2.205.400		28.704.400		2.266.500	26.300.000			577.771.900			426.333.900
07 Hessischer Minister für Wirtschaft und Technik		55.212.000		47.077.600		58.400.000		161.689.600	263.221.300	84.341.900								63.840.000		287.980.900		79.472.800	10.900.000			769.756.900			628.267.100
08 Hessischer Sozialminister		12.464.800		22.948.100		41.234.300		76.647.200	147.620.600	41.389.300	48.300							189.666.200		477.400		50.277.000			435.315.800			358.848.400	
09 Hessischer Minister für Landesentwicklung, Umw., Landwirtschaft und Forsten		22.775.000		74.591.500		86.321.300		183.687.800	598.336.900	87.533.100								77.516.300		10.273.400		152.283.500	16.014.800			742.173.000			298.712.900
10 Hessischer Minister für Bundesangelegenheiten		11.800						11.800	2.079.400	544.300												71.400			2.695.100			2.683.300	
11 Hessischer Rechnungshof		35.700						35.700	6.125.700	649.100										107.500		110.600			6.987.600			6.957.200	
12 Landespräsidium Hessen				1.000				1.000	2.166.000	104.600								2.000				6.700			2.274.300			2.274.300	
13 Landeswahl		5.100		49.392.600				49.397.700	1.131.339.200	19.300								2.267.193.100							2.269.303.100			2.271.905.400	
14 Verwaltung		350.000		114.153.700		117.700		114.651.400	1.131.339.200	19.300								6.726.000							1.140.084.500			1.025.463.100	
16 Wiederherstellung		9.800		58.600.000				58.609.800		534.000								152.419.000							152.953.800			94.343.200	
17 Allgemeine Finanzverwaltung		144.664.000		157.191.000		2.844.047.400		3.145.892.400	480.047.100	25.872.300								3.083.273.500		296.800		1.045.625.200	80.276.000			4.715.867.400			11.340.835.000
18 Staatliche Liegenschaftsverwaltung		100						100												288.290.000		33.310.000			322.600.000			232.600.000	
19 Förderung d. Wohnungs- und Städtebaus		172.072.000		104.478.800		251.642.200		528.193.000		844.200								179.178.800		10.000		856.876.600			1.039.014.600			511.771.600	
		12.833.773.000		1.417.095.900		1.038.304.500		3.565.593.200	7.800.230.000	1.091.625.100	2.270.816.800							626.755.000		2.452.217.700		148.716.100	148.716.100			18.894.770.600			18.894.770.600

FR 25/11/80

Münchener Uni-Präsident nennt Hochschulreform „blödsinnig“

Lobkowicz beklagt Demokratisierung und Verlust an Qualität

KÖLN, 24. November (AP). Umfassende Kritik hat der Münchener Universitätspräsident Nikolaus Lobkowicz am Hochschulwesen in der Bundesrepublik geübt und unter anderem die Schweiz als Beispiel besserer Verhältnisse angeführt. In einem Interview der Deutschen Welle sagte er: „Die demokratisierte Universität hat sehr viel weniger Mut, strenge Qualitätsurteile zu fällen.“ Das sei einer der Gründe dafür, daß aus deutschen Universitäten immer weniger Wissenschaftler von Weltrang hervorgingen.

In dem Interview erklärte Professor Lobkowicz weiter, der seit zehn Jahren andauernden deutschen Hochschulreform fehle ein wesentliches Motiv: die Qualität der Universitäten zu erhalten „oder gar zu verbessern“. Eine Universität könne nicht ihren Standort halten, wenn man „über Nacht die Zahl der Professoren und Studenten versechsfacht“. Es fehle an Auswahlmechanismen, die garantieren, „daß wirklich die Besten drankommen“. Außerdem habe die neue Struktur eine Politisierung der Universitäten mit sich gebracht. Auch bei den Professoren sei die Nivellierung

eingetreten: „Es sind heute Menschen Professoren geworden, die vor 20 Jahren niemand zu Professoren ernannt hätte.“

Der Professor wies darauf hin, daß diese negativen Tendenzen nicht nur für deutsche Hochschulen der Gegenwart, sondern auch für Reformuniversitäten etwa in Italien und Schweden gälten. Als positives Vorbild nannte er die englischen Universitäten, deren Tradition seit dem Mittelalter ungebrochen sei. Dort gelte nach wie vor, daß eine Universität „nur für eine Elite da“ sei.

Lobkowicz zog den Schluß, eine „blödsinnige“ Universitätsreform in der Bundesrepublik — einem Land, das wegen Mangels an Rohstoffen auf Know-how angewiesen sei — habe Hochschulen hervorgebracht, „die diesen Namen kaum verdienen“. Als Negativbeispiel nannte er Bremen. Da es illusorisch sei, alle bestehenden Gesetze „vom Tisch zu wischen, damit die Universitäten sich aus sich heraus besinnen können“, müsse zumindest angestrebt werden, „innerhalb der Massenuniversität klassische Elite-Universität wieder wenigstens für einige herzustellen“.

Stromrechnung für „DESY“ kann nicht bezahlt werden

BONN/HAMBURG, 24. November (dpa). Die vorzeitige Betriebsunterbrechung des Deutschen Elektronen-Synchrotrons in Hamburg (DESY) infolge Geldmangels bedeutet nach Ansicht des CDU-Forschungsexperten Christian Lenzer den „Offenbarungseid der Forschungspolitik der Bundesregierung“. Lenzer verwies am Montag darauf, daß die Union stets darauf gedrängt habe, bei der Grundlagenforschung nicht nur in Großanlagen zu investieren, sondern auch hinreichend Personal- und Betriebsmittel bereitzustellen. Es schade dem internationalen Ansehen deutscher Spitzenforschung, wenn ausgerechnet hier radikale staatliche Sparmaßnahmen eine zeitweise Stilllegung erzwingen.

Ein DESY-Sprecher hatte am Wochenende mitgeteilt, daß die erheblichen Strompreiserhöhungen in Hamburg sowie einschneidende Kürzungen von rund zehn Millionen Mark Haushaltsmitteln durch die Bundesregierung dazu zwängen, rund drei Wochen vor der geplanten Betriebsunterbrechung — zu Weihnachten — die Beschleuniger- und Speicherringe des erfolgreichen Forschungszentrums stillzulegen. Die Stromkosten für die Anlage betragen jährlich bei einem Gesamtetat von 150 Millionen rund 22 Millionen Mark.

Als Synchrotronstrahlung wird jene elektromagnetische Strahlung bezeichnet, die beim Betrieb von Kreisbeschleunigern und Speicherringen (wie am DESY) entsteht. Die Strahlung ist laserähnlich gebündelt und erstreckt sich über das gesamte Spektrum, vom Infrarot bis hin zum Röntgenbereich. Sie ist vielfach intensiver als die Strahlung von herkömmlichen Lampen oder Röntgenröhren.

FR
25/11
80

Landeshaushalt 1981

sident Börner und Finanzminister Reitz an der Diskussion um die Stellenbesetzungssperre nicht beteiligten, kann man als Beobachter ohne Not schließen, daß Ministerpräsident und Finanzminister eine Allianz mit der FDP gegen die SPD-Landtagsfraktion innerhalb der Koalition eingegangen sind.

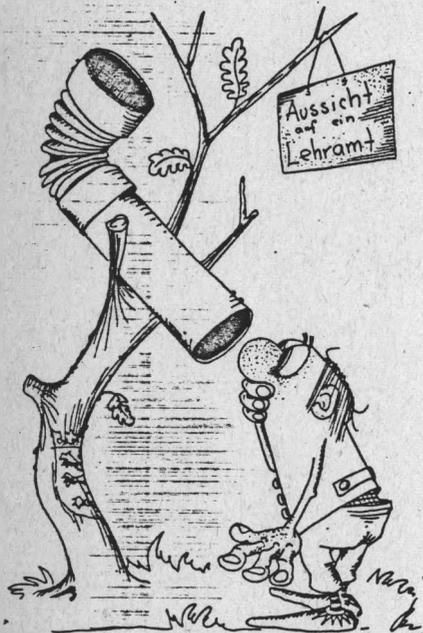
FDP-Fraktionssprecher Wilke hatte bereits im Vorfeld der Klausurtagung verkündet, daß im Jahre 1981 400 Lehrstellen im Kultusetat einzusparen seien. Prompt wurde dieser Wunsch erfüllt: je 15 Prozent Stellenbesetzungssperren im Hochschulbereich und im Schulbereich sollen insgesamt 250 wegfallende Stellen erbringen. Zusammen mit dem Abzug der 100 Stellen aus dem Schulbereich werden also insgesamt 350 Stellen wegfallen.

Letzte Meldung:

Nicht 100 Stellen sollen 1981 gestrichen werden, sondern 260!

Dadurch soll der Verzicht auf die Stellenbesetzungssperre aufgefangen werden. Nur massive Aktionen können den Landtag bewegen, fragt bei Euren Kreisvorsitzenden an.

Uwe Hartwig



Arbeitszeitverkürzung für Lehrer

Die Forderung nach Verwirklichung der Celler Beschlüsse, wie sie der GEW-Landesvorstand mit der Fraktionsspitze der SPD-Fraktion besprochen hatte, stieß in der SPD-Fraktion auf ungeteilte Zustimmung.

Auch zu diesem wichtigen Punkt haben sich weder Börner noch Reitz geäußert, obwohl Börner der GEW eine entsprechende schriftliche Zusage gemacht hat.

Die FDP erklärte dagegen schlicht, daß für sie eine solche Bindung nicht bestehe und Zusagen von Börner an die GEW für sie ohne Interesse seien.

Am Ende blieb übrig, der Kultusminister könne die Celler Beschlüsse 1981 verwirklichen — im Rahmen des ihm vorgegebenen Etats.

Zusätzliche Stellen dafür stießen auf das absolute Nein der FDP.

Krollmann hat an dieser Stelle erklärt, daß er zusätzliche Stellen nicht erwirtschaften könne, zumal dies nur zu Lasten der Schüler-Lehrer-Relation ginge.

kw-Vermerke

Über die beabsichtigte Kürzung des Gesamtstellenaufkommens über kw-Vermerke (künftig wegfallende Stellen) wurde von der SPD-Landtagsfraktion nicht mehr diskutiert, da nach Meinung des Fraktionsvorsitzenden keine Chance bestehe, die beabsichtigte Kürzung der Leh-

rerstellen auf 42 000 bis 1985 zu revidieren.

Die FDP will von ihrem Standpunkt nicht abgehen.

Insgesamt: Eine Fraktion scheint guten Willens, jedoch gelingt es ihr nicht, vernünftige Absichten in praktische Politik umzusetzen.

Uwe Hartwig

Schlußfolgerungen

Wenn es bei den diesjährigen Haushaltsberatungen nicht gelingt, sowohl die beabsichtigte Einsparung von 100 Lehrstellen rückgängig zu machen, wie die Streichung der sogenannten kw-Vermerke (kw = künftig wegfallend) aus dem Entwurf für den Landeshaushalt 1981 zu erreichen, dann werden einige wichtige Maßnahmen den Sparplänen der Landesregierung zum Opfer fallen:

Zuschlag zur Unterrichtung von ausländischen Kindern

Der unzureichende Zuschlag von 75 : 1 wird derzeit aus der gültigen Schüler-Lehrer-Relation finanziert: es gibt kein Zusatzprogramm, sondern die Lehrstunden werden den Schulen in Abzug gebracht.

Eine Verbesserung des Zuschlages auf 50 : 1 unter Einbeziehung der beruflichen Schulen und Gymnasien erfordert die Ausweisung von 1850 Lehrstellen.

Vertretungsreserve

Nach unseren Berechnungen müßte die Vertretungsreserve mindestens um weitere 700 auf 1500 Stellen erhöht werden, damit den Schulen Überhangstunden für

die tägliche Vertretungsreserve zur Verfügung stehen.

Fördermaßnahmen

Um überhaupt Fördermaßnahmen in nennenswertem Umfang durchführen zu können, sind als Minimum weitere 200 Stellen erforderlich.

Ungünstige Jahrgangsbreiten

Zur Erhaltung von Grundschulen, die aufgrund rückläufiger Schülerzahlen vor der Schließung stehen, werden mindestens weitere 200 Stellen benötigt.

Ganztagsschulen

Will man im Ansatz Ganztagsschulen ernsthaft weiter verfolgen, so werden dafür 250 weitere Stellen gebraucht.

Verbesserte Relation an Sonderschulen

Damit unseren Forderungen nach einer verbesserten Schüler-Lehrer-Relation an Sonderschulen wenigstens im Groben entsprochen wird, müssen weitere 450 Stellen bereitgestellt werden.

Arbeitszeitverkürzung

Eine Stunde Arbeitszeitverkürzung für Berufsschullehrer und arbeits-technische Fachlehrer erfordert 190 Stellen.

Eine Stunde Kürzung für Hauptschullehrer an Förderstufen erfordert 110 Stellen.

Eine Stunde Arbeitszeitverkürzung für die übrigen Grund- und Hauptschullehrer im Bereich der Mittelstufe erfordert 130 Stellen.

Eine zusätzliche Stunde Altersermäßigung erfordert 155 Stellen.

Haushalt 1981

Ergebnis der Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion

Außer Spesen nichts gewesen

Das Ergebnis der Klausurtagungen der Koalitionsfraktionen ist inzwischen bekannt. Für den Schulbereich ergibt sich folgendes:

Schülerbeförderung

Die Koalitionsfraktionen einigten sich darauf, im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches die Schülerbeförderung künftig in die Hand der Kommunen zu geben. Dies bedeutet, daß die ca. 160 Millionen aus dem Etat des Kultusministers herausgenommen und dem Etattitel „Kommunaler Finanzausgleich“ zugeführt werden.

Demnach erhalten die Schulträger in bisheriger Höhe anteilig die vorhandenen Gelder. Sie können damit frei wirtschaften, so daß erwirtschaftete Gelder bei der Kommune verbleiben.

Stellenbesetzungssperre

Zunächst war sich die SPD-Landtagsfraktion geschlossen einig, daß die beab-

sichtigte Stellenbesetzungssperre von 10 Prozent zurückgenommen werden muß. Ministerpräsident Börner und Finanzminister Reitz haben sich nach unseren Informationen jedoch an dieser Diskussion nicht beteiligt. Während der Klausurtagung wurde nach Kontaktaufnahme mit der FDP festgelegt, daß für den Haushalt 1981 der Stellenplanfond von 1980 als Ausgangspunkt zu dienen habe. Die beabsichtigte Stellenbesetzungssperre soll 1981 durchgesetzt werden. Mit ihr sollen die im Gesamthaushalt 1981 eingebrachten zusätzlichen Stellen wieder „erwirtschaftet“ werden. 1982 soll es dann keine einzige neue Stelle geben.

Die von der SPD-Landtagsfraktion beabsichtigte Streichung der Stellenbesetzungssperre fand sich dann auf Druck der FDP am Ende der Beratungen wieder, jedoch nicht in Höhe von 10 Prozent sondern in einem Ausmaß von 15 Prozent. So wurde es dann auch als gemeinsame Koalitionsvereinbarung verkündet. Aus der Tatsache, daß sich Ministerprä-

WO SOLL IM LANDESHAUSHALT 81 GEKÜRZT WERDEN?

Achtung: es liegen gedruckt nur die Vorlagen zur letzten Lesung vor. Was seitdem noch an Verhandlungen etc. gelaufen ist, ist uns mit Mühe für den Hochschulbereich bekannt, ist aber nicht für alle Bereiche vorhanden. Es ist aber davon auszugehen, daß der Haushalt so ausgelegt war, daß das wirkliche Einsparziel der Landesregierung auch noch nach Nachgeben im einen oder anderen Punkt realisiert wird.

<u>Beispiele:</u>		Einsparungen
Sozialbereich:	Weihnachtsbeihilfen für Gemeinden (Zuschüsse zu einmaligen sozialen Leistungen zu Weihnachten)	6.7 Mio
	Altenheime	1.0 Mio
	Turnhallen, Sportplätze	0,5 Mio
Wirtschaft und Städtebau:	Außerbetriebliche Ausbildungszentren zur Schaffung qualifizierter Lehrstellen auch in strukturschwachen Regionen	3,5 Mio
	Strukturmaßnahmen (Gebiete hoher Arbeitslosigkeit)	6,0 Mio
	Städtebauprogramm zur Verminderung der Wohnmisere	2.0 Mio
Justiz:	Gefangenenbezüge im Rahmen des Reintegrationsprogramms	7.0 Mio

Indirekte Krüzungen im von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten Bereich: Straßenbau, Sozialmaßnahmen, Hochschulausbau, Beschaffung moderner Polizeitechnologie lassen sich nicht ausreichend quantifizieren, da beide Haushalte noch nicht vorliegen.

Prioritätensetzung

Durch Verminderung einer Reihe von Ausgaben kann zumindest ein Teil (ca. 50%) der Kürzungen aufgefangen werden.

- ist es erforderlich, jetzt ein neues Regierungspräsidium aufzubauen, das in 2 Jahren so hochqualifizierte Dauerstellungen umfassen soll?
- ist es erforderlich, daß das Land Hessen ohne integriertes Verkehrskonzept erhebliche Summen in den Bau von Autobahnen, Flughäfen und Eisenbahnschnelltrassen investiert?

Ein offenes Geheimnis ist auch, daß die Summe der Steuerhinterziehungen (oder offizieller Steuer-schenkungen wie im Fall Linsenhoff) durch Selbständige und UNternehmer etwa so groß ist, wie die Einsparungsmaßnahmen.

Selbst wenn haushaltsintern eine Realisierung einer offensiven Bildungspolitik nicht mehr vollständig möglich ist, ist der Rahmen, der durch

- geringe Besteuerung von Großunternehmen
- verlorene Investitionsbeihilfen (also Geschenke) an selbige in Milliardenhöhe ohne Garantie, daß deshalb auch nur ein Arbeiter weniger fliegt
- Beteiligung an Großprojekten wie Militärhilfe für die Türkei (Auswirkung z.B. Kürzung der GSI-Mittel, an der einige TH-Fachgebiete mitarbeiten um mindestens ~~nicht~~ 3 Mio.)

icht verrückbar.

In der Diskussion taucht häufig der Satz von den verschwendeten Mitteln bei Polizeiaktionen auf. Man muß dabei berücksichtigen, daß die Gehälter der räumenden "Freunde und Helfer" etwa 2/3 der Räumungskosten ausmachen. Darüberhinaus ist darauf zu achten, daß nicht gerade wir Studenten, die wir uns für Hochschuldemokratie und Demokratisierung aufreten, dann eine Forderung erheben, die bedeutet, daß die Demonstranten die Kosten der Räumung tragen sollen (Forderung F.J.Strauß). Bei der Kritik der hohen Räumungskosten etc. muß also immer darauf hingewiesen werden, daß nicht der die Kosten verursacht, der demonstriert, sondern der, der räumen läßt!

Andere Länder im mitteleuropäischen Raum (Belgien, Dänemark) haben durch eine faktische Einfrierung des Militäretats Mittel zur Verfügung, um im Bildungsbereich wenigstens keine Kürzungen vornehmen zu müssen und die Entwicklungshilfe und Sozialausgaben sogar steigen zu können. Da die Bundesrepublik in der NATO als Musterknabe bisher den Verteidigungshaushalt erhöht hat (und in den nächsten Jahren soll dasselbe geschehen), stehen diese Mittel (etwa 1 Milliarde) nicht zur Verfügung (diese hohe Summe kommt zustande, da ein Teil der Verteidigungsausgaben indirekt, d.h. aus anderen Haushaltstiteln bezahlt wird.)

Haushalt 1981

Stellenstreichungen im - Lehrerbereich

Albert Schobbe /
Alfred Harnischfeger

Zum ersten Mal soll mit dem vorgelegten Entwurf für das Haushaltsgesetz nicht nur über den Landeshaushalt 1981 entschieden werden. Im jetzigen Entwurf sind Entscheidungen bis zum Jahre 1985 programmiert.

Danach soll das derzeitige Kontingent von ca. 45 500 Lehrerstellen mittelfristig auf 41 200 Stellen abgebaut werden.

Insgesamt also ist bis zum Jahre 1985 ein Abbau von Mitteln im Umfange von ca. 4300 Lehrerstellen vorgesehen.

Der Kabinettsbeschluß spricht von einem Stellenkontingent von insgesamt 42 000. Demnach ist davon auszugehen, daß die zur Zeit 800 1-Jahres-BAT-Verträge im Rahmen der Vertretungsreserve als langfristige Arbeitsverhältnisse vorgesehen sind.

Konkret sehen die Zahlen im Haushaltsplan-Entwurf aus:

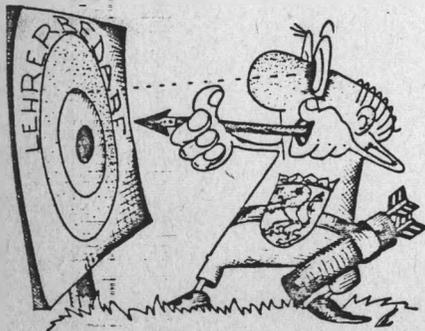
Bereich Grund-, Haupt- und Sonderschulen (0453)

1981 werden 100 Stellen (A 12) zur „Verbesserung der personellen und sächlichen Ausstattung der Hochschulen mit Wirkung vom 1. 8. 1981“ abgezogen.

1981 werden nur 75 Stellen (Vorjahr 100) als Ersatz für Lehrer, die zur Ausbildung an Sonderschulen beurlaubt werden können, zur Verfügung gestellt. In einem Stufenplan ist die weitere Reduzierung dieser für die Sonderschulen lebensnotwendigen Zusatzausbildung vorgesehen.

Für
1982/83

liegt ein Stufenplan zur Reduzierung von insgesamt 1359 Stellen in den Besoldungsgruppen A 12 / A 13 vor; bis 1985/86 sollen dann nochmals 340 bzw. 339 Stellen pro Schuljahr gestrichen werden. Dazu heißt es im Haushaltsentwurf: „... entsprechend den stark rückläufigen Schülerzahlen (werden) die Planstellen und Stellen für Lehrkräfte einschließlich der Mittel für Lehraufträge, Überstunden, nebenamtlichen und nebenberuflichen Unterricht im Schulbereich, aber ohne Anrechnung des von Referendaren erteilten eigenverantwortlichen Unterrichts, stufenweise auf insgesamt 4200 reduziert“.



BAT-Mittel bzw. Stellenumwandlungen ($\frac{2}{3}$ -BAT-Lehrer) in Planstellen

Zum	
1. 2. 1981	sollen folgende BAT-Stellen in Planstellen umgewandelt werden.
	Gymnasialer Bereich 120
	Berufsschulbereich 85
	Summe 205

Der Haushaltsentwurf sieht im Grundschulbereich wie im Haupt- und Realschulbereich keine Umwandlung der $\frac{2}{3}$ -Stellen vor. Dies würde bedeuten, daß ca. 240 Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschullehrer entlassen werden sollen, da für sie der Haushalt keine Stellen vorsieht.

zum	
1. 8. 1981	sollen weitere BAT-Stellen in Planstellen umgewandelt werden:
	Im gymnasialen Bereich 275
	im Berufsschulbereich 229
	Summe 504
	Umwandlungen.

Wiederum ist für den Grund-, Haupt-, Real- und

Sonderschulbereich keine Umwandlung vorgesehen. Dies bedeutet die vorprogrammierte Entlassung von noch einmal ca. 410 Kolleginnen und Kollegen.